

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

17.4.1925 (No. 89)

Erpedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. K. v. d. Karlsruher Zeitung

Bezugspreis: Monatlich 2,50 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kasfenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche werber Beiträger und Konturverfähren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von früherer Gewalt, Streit, Sperrung, Ausschaltung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Unverlangt Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendeiner Vergütung übernommen.

### Wirtschaftliche Umschau

Das Hauptfordernis für das Fortschreiten der Genesung ist zweifellos größtmögliche Wirtschaftlichkeit unserer Produktion, und deshalb ist es zu begrüßen, daß wir im Reich auch eine Körperschaft haben, die dieses Gebiet besonders bearbeitet, das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, eine Schöpfung des Reichswirtschaftsministeriums, die bisher in der Hauptsache von großen Privatfirmen unterhalten wurde. Nun ist diese Körperschaft, die kürzlich in Berlin tagte, befreit, auch Reichsunterstützung für ihre hochwichtige Tätigkeit zu erhalten, die ja besonders den mittleren und kleineren Betrieben zugute kommt, weil diese Betriebe zu eigenen Unternehmungen nicht imstande sind, und es wird darauf hingewiesen, daß andere Staaten wie Amerika, England, Frankreich sehr erhebliche öffentliche Mittel für solche Zwecke aufwenden.

Gebung der Wirtschaftlichkeit der Produktion bedeutet für den Einzelnen Verbilligung und Verbesserung der Lebenshaltung, für die Allgemeinheit größere Konkurrenzfähigkeit dem Ausland gegenüber, damit Stärkung der Volkswirtschaft und des Staats. Daß auf dem mannigfachen Gebieten hier einzusetzen ist, nicht nur bei Industrie und Gewerbe, sondern ebenso beim Handel und in der Landwirtschaft und gewiß nicht zuletzt auch im Verkehr und der Verwaltung, daß hier noch vieles möglich und zu tun ist, zeigt uns das amerikanische Beispiel. Trotz viel höherer Löhne ist Amerika imstande, auf den mannigfachen Gebieten wirksam zu konkurrieren. Rationelle und Mehrezeugung sind die besten Waffen gegen inflationistische Gefahren, das Problem, mehr Kaufkraft in den Massen zu schaffen, kann nur in Verbindung mit besseren und Mehrleistungen gelöst werden. Auch das Lohnproblem, die Anpassung der Löhne und Gehälter an den international gesunkenen Wert des Goldes, wird sich nur nach dem Grundsatz der Leistung regeln lassen.

Der Rationalisierung wird somit in erster Linie Erziehungsarbeit vorausgehen müssen, an der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber-Organisationen sich beteiligen müßten. Grundsatz wird hier sein müssen, daß der Lächige nicht künstlich zurückgehalten werden darf, als Arbeitnehmer nicht gezwungen sein darf, gegen Entgelt, das seinen Leistungen nicht entspricht für andere, untüchtige Arbeitnehmer zu arbeiten, daß er als Arbeitgeber nicht unter veraltete Betriebsformen schützenden Kartellabmachungen in seiner geschäftlichen Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden darf. Der Wunsch kann hier nur ausgesprochen werden, daß es hier, wo weiterzubauen ist, nicht so gehen möge wie in der Inflation, die wirksam erst bekämpft wurde, als alle Kreise darunter litten, sondern daß jetzt verstandesgemäße Voraussicht und volkswirtschaftlich denkender Wille Gefahren konsequent schon entgegengetreten möge, bevor ein neues Abgleiten beginnt und uns das Wasser schließlich wieder bis zum Hals reicht.

In der Hauptsache wird außer solcher allgemeiner Erziehungsarbeit eine **Unsumme Kleinarbeit** zu leisten sein. Diese Arbeit wird an die Wurzeln des Übels zu gehen haben. So wird beispielsweise gerade Arbeitslosigkeit, letzten Endes nicht durch Einstellung möglichst vieler Arbeitsloser bei dauernder Zurückhaltung der Leistung, sondern durch Gebung des Nutzeffekts der menschlichen Arbeit und Verbilligung der Produktion bekämpft, so der Konsum erhöht, neue Arbeit geschaffen und der Lebensstandard der Allgemeinheit verbessert.

Ohne amerikanische Methoden genau kopieren zu können — denn die deutschen Verhältnisse sind grundlegend andere — wird man sich doch von ihnen anregen lassen müssen, aus ihnen vieles lernen können. Für billige Erzeugung ist in der Tat die Gleichartigkeit der Verbrauchsgegenstände, die Herstellung in großen Mengen das Wichtigste. Hier sind es u. a. die **Normungsbestrebungen**, in denen ja auch durch den Normenausschuß der deutschen Industrie schon viel Vorarbeit geleistet ist. Erst die allgemeine Einführung wird deren Vorteile zeigen. Unser Leben braucht dadurch nicht völlig amerikanisiert zu werden, denn das verbietet sich durch die deutschen Verhältnisse von selbst. Bei uns ist menschliche Arbeitskraft, und zum Teil in jahrhundertelanger Tradition geschulte, in reichlichem Umfang vorhanden, und es wäre wahrhaft unrationell, sie brach liegen zu lassen und slavisch amerikanische Methoden zu übernehmen, die aus der Natur des dortigen Landes, seinen ungeheuren Rohstoffreichtümern, dem Mangel an menschlichen Arbeitskräften, und

dem größeren Angewiesensein auf die Maschine entspringen. Die Förderung der Qualitätsarbeit, die gleichfalls Mehrleistung im besten Sinn des Wortes ist, wird eines der Hauptziele der deutschen Produktion sein müssen.

Bei der Untersuchung der menschlichen Arbeitsleistung ergibt sich das gleiche. Erst kürzlich hat Prof. Dr. Friedrich, der Nachfolger Sellpachs an der Karlsruher Technischen Hochschule auf Grund seiner bei der Industrie im Ruhrgebiet gemachten Erfahrungen und angestellten Untersuchungen in einem Vortrag in der Karlsruher Handelskammer sich dagegen ausgesprochen, eine vollständige Mechanisierung nach amerikanischem Muster bei uns anzustreben. Unsere Stärke werde es gerade sein, die Leistung des Einzelnen als Persönlichkeit, die Qualitätsleistung zu heben.

Weitere Einzelarbeitsgebiete sind die bessere Ausnutzung der Wärmequellen (ein gewaltiger Fortschritt bahnt sich in der Verflüssigung der Kohle an) die planmäßige Ausnutzung der Wasserkräfte, Verbesserung in der Technik der Landwirtschaft, Ausbau des technischen Schulwesens.

Es ist das soziale Problem, das in seinen mannigfachen Einzelheiten an uns hier herantritt. Statt Schein- und Falschlöhnen — die höchsten Nominallöhne müßen nichts bei gleichzeitiger Steigerung der Lebenshaltungskosten — werden es Reallohn sein, die nur durch Mehrezeugung und bessere Erzeugung, Qualitätsarbeit erzielt werden können. Mehrezeugung schafft allein neues Volkseinkommen und kann auch allein die Lebenshaltung der breiten Massen verbessern.

In Strahburg ist vorgefem die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt zusammengetreten, um in mehrwöchigen Beratungen u. a. sich darüber schlüssig zu werden, nachdem die Angelegenheit seit längerem in einer Unterkommission ergebnislos behandelt ist, wie die Schifffahrt auf der Rheinstrecke Strahburg—Basel ermöglicht werden soll, ob nach dem schweizerischen Projekt, das eine Regulierung des Rheins vorsieht, oder nach dem französischen Projekt mit dem Kraftwerk-Seitenkanal, gegen das nicht nur von deutscher Seite, sondern ebenso oder noch mehr von schweizerischer und auch von holländischer Seite die gewichtigsten Bedenken, vor allem technischer Art erhoben worden sind. Wie an dieser Stelle schon dargelegt, dürfen nach den klaren Bestimmungen des Verfaller Vertrags für die Schifffahrt keine Nachteile entstehen, die aber nach den verschiedenen autoritativen Gutachten zweifellos eintreten, käme das Seitenkanalprojekt zur Ausführung. Über den Verlauf der Strahburger Beratungen verlautet bisher noch nichts. Lediglich der Beginn der Verhandlungen und die Namen der Teilnehmer wurden gemeldet.

Die deutsche Rheinschiffahrt Klage übrigens seit langem über **Beschäftigungslosigkeit**, die in erster Linie darauf zurückgeführt wird, daß es immer noch nicht zur Einführung von Wasserumschlagstarifen bei der Reichsbahn gekommen ist. Es sind deshalb in dieser Angelegenheit, die ja auch für Baden von allergrößter Bedeutung ist, und unsere zuständigen Stellen schon des öfteren beschäftigt hat, wieder neue Vorstellungen bei der Reichsregierung vom Niederrhein her erhoben worden.

Die Einheitskurzschrift. Die Nachricht, der Reichsminister des Innern habe die Maßnahmen zur Einführung der Einheitskurzschrift zurückgestellt, ist — wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, — unzutreffend. Der Reichsminister des Innern hat im Dezember 1924 die obersten Reichsbehörden um Neußerungen gebeten, inwiefern die Kurzschrift im inneren Behördenverkehr angewendet werden kann. Da eine abschließende Prüfung der Frage bis März 1925 sich nicht ermöglichen ließ, hat er durch Rundschreiben mitgeteilt, daß es ihm verfrüht erscheine, zu einer Besprechung der Frage schon jetzt einzuladen.

Grundstückskauf der Reichspost. Nach einer Meldung der „V. Z.“ ist der gesamte, etwa 800 Morgen große Grundbesitz der Schütte-Lanz-Werke in Beesen die Reichspost übergegangen. Die Post beabsichtigt, in der Fabrik eine Reparaturwerkstätte für Postautos einzurichten, während in den Wälden und Beamtenhäusern pensionierte Postbeamte untergebracht werden sollen. Das Privathaus des Geh. Rats Schütte soll als Erholungsheim für Postbeamte eingerichtet werden.

Im Leipziger Tschelaprosch wurden gestern am 45. Verhandlungstag die Klaidopers der Verteilung beendet. Am heutigen Freitag dürften die Angeklagten zum Schlusswort kommen.

Die englische Arbeitslosenziffern. Die Zahl der am 6. April eingetragenen Arbeitslosen in England betrug 1 166 300, das sind 28 013 weniger als in der Vorwoche und 122 064 mehr als im gleichen Monat des Vorjahres.

### Zur Reichspräsidentenwahl

Drei Wahlvorschlüge zum zweiten Wahlgang  
W.B. Berlin, 17. April. (Amlich.) Zum zweiten Wahlgang für die Präsidentenwahl sind bis Ablauf der Einzelwahlfrist — Mitternacht den 16. April — drei Kandidaten nominiert worden, und zwar:

- 1. Paul Hindenburg, Generalfeldmarschall, Hannover.
- 2. Wilhelm Marx, Reichskanzler a. D., Berlin.
- 3. Ernst Thälmann, Transportarbeiter, W. d. R., Hamburg.

Der Reichswahlleiter hat diese drei Kandidaten zugelassen. Die Anwärter werden in dieser Reihenfolge auf dem amtlichen Stimmzettel erscheinen. Wie beim ersten Wahlgang enthält der amtliche Stimmzettel außerdem ein freies Feld zur Einzeichnung evtl. anderer Kandidaten.

#### Eine Rede Marx' in Berlin

In dem feierlich geschmückten Saal des Zoologischen Gartens zu Berlin fand am Donnerstagabend zu Ehren des Präsidentenwahlkandidaten, Reichskanzler a. D. Dr. Marx, ein Essen statt, woran rund 200 hervorragende Persönlichkeiten der Parteien und Presse des Volksblocks teilnahmen. Den Vortritt führte Reichstagsabg. Ködner, der in kurzen Worten die Versammlung begrüßte und sodann dem Kandidaten des Volksblocks das Wort erteilte. Marx wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. Auch sein Vortrag, bisweilen durch Handklatschen und Zustimmungsrufe unterbrochen, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Reichskanzler a. D. Marx führte u. a. aus, das Ausland habe sich um rein innerdeutsche Angelegenheiten nicht zu kümmern, gehe an dem Kern des Problems vorüber, der in der Frage zusammengefaßt werden könne: Wird die Präsidentenwahl in Deutschland eine politische und damit auch eine wirtschaftliche Kursänderung mit sich bringen oder nicht? Niemand bestreite, daß die tiefe Verzerrtheit unseres Volkswesens und das noch immer große Mißtrauen des Auslandes uns gegenüber, aber zweifellos habe die Formel, auf die leider die Präsidentenwahl gebracht wurde: **Republik über Monarchie?** diesem Zwiespalt und diesem Mißtrauen neue Impulse gegeben. Was bedeute das für unsere Wirtschaft? Im Innern stehe das große Problem der Anpassung unserer Wirtschaft und unserer Staatsfinanzen an die Erfordernisse gegenüber den Vertriebsverhältnissen, einer gänzlich veränderten Zeit, ungelöst vor uns. Wir ständen vor einem Reformprogramm allergrößten Stiles: Neuorganisation der Wirtschaft, Verteilung der Daneschlasten, Reform der Finanzgesetzgebung, Regelung unserer Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern; und in einer solchen Lage wolle man die Spaltung innerhalb des Volkes noch verschärfen durch das Einmischen des politischen Momentes und den Wirtschaftskampf dadurch verschärfen, daß man eine Scheidung der Geister nach politischer Anschauung herbeizwingen, während doch der Ruf zur Sammlung ein Echo finden sollte. So hänge die innerwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in hohem Maße von dem Ausgang der Präsidentenwahl ab. Auch außenwirtschaftlich bedeute die Entscheidung am 26. April die Entscheidung über die ruhige Weiterentwicklung oder Gegenwirkung. Es gebe im Ausland weite und recht mächtige Kreise, denen schon die Möglichkeit eines entschiedenen Kurswechsels in Deutschland einen höchst willkommenen Agitationsstoff liefere. Es gebe mächtige Wirtschaftskreise im Ausland, denen daran liege, das kaum gewichene Mißtrauen gegen den gefährlichsten Konkurrenten wieder wachzurufen. Das könne unsererseits nicht gleichgültig übersehen werden. Sollen wir das Mißtrauen weiden, daß unsere Wirtschaft vor schweren inneren Auseinandersetzungen stehe und es darum besser wäre, den Ausgang dieses Kampfes abzuwarten? Unsere Wirtschaft bedarf immer noch in großem Umfang der Hilfe von draußen. Diese Abhängigkeit vom Ausland werde aber, wenn uns die politische Klugheit nicht verlasse, nicht ewig dauern. Betrachten wir, so schloß der Redner, die ausländische Mißhilfe als unausweislichen Weg, der uns in die Freiheit führt, eine Freiheit, die eine politische und wirtschaftliche ist, ein Ziel, das wir mit einem solchen Opfer erreichen müssen und, wie ich zuversichtlich hoffe, auch erreichen werden.

#### Dr. Wirth kündigt Denkwürdigkeiten an

W.B. Billingen, 17. April. Reichskanzler a. D. Dr. Wirth, der erst kürzlich von einer Reise nach Moskau zurückgekehrt ist, sprach Donnerstagabend hier in einer von 2000 Zuhörern besuchten Massenversammlung über die Reichspräsidentenwahl und bemerkte dabei, daß er demnächst seine Denkwürdigkeiten über die Politik der letzten Jahre der Öffentlichkeit übergeben werde.

#### Die Berliner Sozialdemokratie

Vor den Funktionären Groß-Berlins nahm am Mittwochabend Reichstagsabgeordneter Aufhäuser Stellung zur bevorstehenden Reichspräsidentenwahl, wobei er unter lebhaftem Beifall und allgemeiner Zustimmung dafür eintrat, daß die Sozialdemokratie unter allen Umständen verhalten müsse, daß ein **Blasphemer der Monarchie, wie Hindenburg**, der Nachfolger Friedrich Eberts werde. Der 26. April müßte zur größten Anti-Kriegsdemonstration werden und die Parole lauten: **„Krieg dem Hindenburgblock — Sieg dem Volksblock!“** Einmütig wurde eine Entschliebung angenommen, in der es heißt: „Die Funktionäre der sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins sind bereit, den Kampf für die Republik mit aller Wucht durchzuführen. Sie werden alle Kräfte zusammenfassen, damit am 26. April die schwarz-weiß-rote Reaktion eine entsetzliche Niederlage erleidet.“

### Charter und Präsidentschaftswahl

Die Arbeitsgemeinschaft zur Aufwertungsfrage, die sich etwa aus 30 Interessentenverbänden zusammensetzt, beschäftigte sich in einer Sitzung in Berlin mit der Stellungnahme der Spargläubiger zur Reichspräsidentenwahl. Nach längerer Erörterung wurde der Beschluß gefaßt, jedem der an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Verbände die Abstimmung freizugeben.

### Freigabe des Mundstüchs für die Präsidentschaftskandidaten

Die Reichsregierung hat auf Anregung des Reichsministers des Innern beschlossen, den Bewerbern um das Amt des Reichspräsidenten den Mundstüch zu Ansprachen an das deutsche Volk freizugeben. Voraussetzung ist selbstverständlich, daß die hinter den Bewerbern stehenden Parteien oder Gruppen keine gewaltsame Aenderung der Verfassung anstreben.

### Stresemann über Weltwirtschaft und Weltpolitik

„Die heutige Staatsform die Grundlage einer neuen deutschen Entwicklung“

In Hamburg sprach am Donnerstagabend vor einer zahlreichen Zuhörerschaft Außenminister Stresemann im Überseeclub über: Weltwirtschaft und Weltpolitik. Er führte u. a. aus: Zu keiner Zeit ist wohl die Politik mehr von Wirtschaftsfaktoren beeinflusst gewesen, als in der Gegenwart. Schon vor dem Weltkrieg war der Futterplatz für die um Absatz ringenden Völker sehr eng geworden. Seit Mitte der 90er Jahre bis 1914 stieg der Wert des Welthandels von 71,5 auf 170 Milliarden Goldmark. Man sah früher um Kolonialgebiete, so ringt man jetzt um Absatzgebiete. Die letzte Periode des Kampfes gegen Deutschland nach seinem Unterliegen war der Versuch des Versailler Vertrages, Deutschland wirtschaftlich soweit als möglich unschädlich zu machen. Die Geschichte der Nachkriegszeit zeigt deshalb naturgemäß die engste Wechselwirkung zwischen Weltwirtschaft und Weltpolitik. Sie spiegelt auch ihre Rolle beim Ruhrereignis, dem als führender Gedanke die Forderung zwischen der Ruhrfrage und dem lothringischen Erz zugrunde lag.

Auch außerhalb der Reparationsfrage sehen wir die Wechselwirkung im Kampf um das Erz, sowie im russisch-japanischen Sachalinvertrag. Der stärkste Ausdruck dieser Verbindung zeigte sich beim Dawesentlasten. Sein Zweck war die Herstellung der Weltwirtschaft von der fortgesetzten Bedrückung durch die politische Spannung der Reparationsfrage. In dem Bestreben der Vereinigten Staaten, zu einer internationalen Abrüstung zu gelangen, durch Verminderung der unproduktiven Ausgaben, die Völker zu einer Verbesserung der weltwirtschaftlichen Entwicklung gelangen zu lassen, Deutschlands Stellung in dieser Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß wir heute noch viel enger mit dem Auslande verflochten sind, als früher. Unsere Umwelt ändert sich dabei seit dem Weltkrieg entscheidend. Die Vereinigten Staaten sind Weltgläubiger und Weltbankiers geworden. In Europa sind große Wirtschaftskreise in kleinere Komplexe zerlegt worden; dabei sind die ökonomischen Kraftquellen unwirtschaftlich verteilt. Frankreich ist der größte Erbsitzer und hat dabei die geringsten Kohlenlager.

Statt in Europa nach Kriegsende die Kräfte zum gemeinsamen Wiederaufbau zusammenzufassen, wurde der Krieg mit anderen Mitteln fortgesetzt, mit dem Erfolg der Zertrümmerung fast aller europäischen Währungen und mit einer Dauerkrise, die seit Jahren auf Europa und der Weltwirtschaft loht. Während die internationale Kaufkraft weit hinter der Vorkriegszeit zurückgeblieben ist, hat die Produktionsfähigkeit der Weltindustrie eine erhebliche Steigerung erfahren. Die deutsche Produktion steht dabei vor der schwersten Aufgabe. Sie soll die höchsten Lebensbedürfnisse erzielen und hat doch die wichtigsten Rohstoffgebiete verloren. Mit ernster Sorge müssen wir die Vorgänge verfolgen, die darauf hindeuten, daß die Zusammenfassung unerschöpflicher Rohstoffgebiete im Machtbereich weniger Staaten angestrebt wird. Heber die früheren machtpolitischen Mittel verfügen wir nicht mehr. Wir können nicht mehr wie früher den Kaufmann der Flagge folgen lassen. Das einzig wirkliche Machtmittel, das wir noch besitzen, ist unsere Konsumkraft. Die anderen Länder sind durch unsere Armut nicht reicher geworden. Es wohnen vom Rhein bis zum Ural nur kaufarme Völker.

So ist die gesteigerte Weltproduktion nur eine Anhäufung von Kapitalien und unbrauchbarer Reichtümer. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge hat entschieden zu einer Aenderung in der Einstellung zu den hier behandelten Fragen geführt. Es scheint, als wenn an Stelle der bisherigen Karole: Krieg und Untergang der Kontrurrenten, sich das Bestreben durchgesetzt hätte, Zusammenarbeit mit den Kontrurrenten. Der Gedanke des Zusammenwirkens zeigt sich zwischen der deutschen und der amerikanischen Schiffahrt und der deutschen und der französischen Luftindustrie, sowie im Plane des europäischen Stahlverbandes und des finanziellen Zusammenwirkens zwischen den verschiedenen Ländern. Deutschland gewann am 10. Januar seine Handelsfreiheit auf handelspolitischem Gebiet wieder. Es wird Verhandlungen mit den Staaten, mit denen es in neue Beziehungen eintritt, unter Festhalten an dem Prinzip der Meistbegünstigung führen. Dabei ist das Prinzip einer Abschließung des deutschen Marktes durch Hochzinspolitik völlig unmöglich. Die Verarmung des deutschen Volkes gibt keine genügende Basis für den Absatz der deutschen Produktion und ohne die Steigerung des Exportes ist eine Lösung der Reparationsfrage unmöglich.

Gegenüber der Balkanisierung Europas erhebt sich die Frage der Vergrößerung einheitlicher Wirtschaftsgebiete als entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft. Wir können auch nicht ohne den frischen Wind des fremden Wettbewerbs zur höchsten Entfaltung der technischen Möglichkeiten kommen. Nichts war verderblicher für die deutsche Industrie, als die Kriegswirtschaft und die konkurrenzlose erste Nachkriegszeit. Auch Zollunionen haben wir nach meiner persönlichen Meinung weniger zu fürchten, als die Abschließung Europas in eigene ökonomische Wirtschaftsgebiete. Letzten Endes bleibt auch unsere wirtschaftliche Entwicklung abhängig von der Gestaltung der Weltpolitik. Wir sind durch die Machtpolitik anderer bis auf die heutige Stunde bedroht.

Die Richtlinien unserer Außenpolitik können nur sein: Sicherung der Grenzen des Reiches, freie Entwicklung im Innern und Sicherung des Friedens zur Konsolidierung der deutschen Verhältnisse. Machtpolitische Gecken waren schon zu einer Zeit verfehlt, wo wir die Macht besaßen. Eine Gecke, der die Tat nicht zu folgen vermag, schlägt gegen den, der sie ausübt. Ehre und Würde des deutschen Reiches haben nichts zu tun mit starken Worten, sondern werden am besten gewahrt durch sachliche Arbeit und Pflichterfüllung. Was wir wollen ist, daß man uns in Frieden läßt und daß wir uns in Ruhe wieder aufzurichten können, um die Wohlfahrt unseres Volkes zu sichern und um die übernommenen Pflichten gegen die anderen ausführen zu können.

Die Grundlagen dieser Außenpolitik können auch durch ein Volksvotum über innerpolitische Anschauungen nicht geändert werden. Ein solches innerpolitisches Votum bringt die Empfindungen und die Stärke der Parteianschauungen zum Ausdruck. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung, die wir erhoffen, kann sich nur vollziehen auf der Grundlage der heutigen Staatsform. Sie zu verteidigen gegen jeden, der sich vernimmt, und in den Kampf einer Aenderung hineintreiben zu wollen, werden auch die Millionen von denen bereit sein, die aus patriotischen Gründen für die heutige Staatsform als der einzigen Grundlage einer gefundenen Entwicklung eintreten.

### Das Kabinett Painlevé gebildet

Briand, Cailaux, Loucheur als Mitglieder

Wie dasas meldet, ist das neue französische Kabinett nunmehr gebildet. Ihm gehören u. a. m: Painlevé, Briand, Cailaux und Loucheur.

Die Ministerliste des Kabinetts Painlevé ist folgende:

- Ministerpräsident und Kriegsminister: der sozialistisch-republikanische Abgeordnete und Kammerpräsident Painlevé,
- Justiz: der der demokratischen Linken angehörende Senator Steeg, Generalgouverneur von Algier,
- Auswärtige Angelegenheiten: der sozialistisch-republikanische Abg. Briand,
- Finanzen: Cailaux,
- Öffentlicher Unterricht: der der demokratischen Linken angehörende Senator de Monzie,
- Öffentliche Arbeiten: der unabhängige sozialistische Abgeordnete Kavallo,
- Innere: der der demokratischen Linken angehörende Senator Schramek,
- Handel mit Post und Telegraph: der der demokratisch-radikalen Vereinigung angehörende Senator Chaumat,
- Landwirtschaft: der der demokratischen Linken angehörende Senator Jean Duran,
- Kolonien: der radikale Abg. André Geste,
- Arbeit: der radikale Abg. Durafaur,
- Pensionen: der sozialistisch-republikanische Abg. Anterion,
- Marine: der radikale Abg. Emile Vorel,
- Unterstaatssekretär beim Ministerpräsidenten: der radikale Abg. George Bonnet,
- Freizeit-Gebiete: entweder der radikale Abg. Schmidt oder der radikale Abg. Deyris,
- Luftfahrt: der der radikalen Linken angehörende Abgeordnete Chana,
- Technischer Unterricht und schöne Künste: der radikale Abg. Yvon Delbos,
- Handelsmarine: der der radikalen Linken angehörende Abg. Danielson,
- Bewaltung des Kriegsministeriums: der radikale Abgeordnete Orlola,
- Kommissar im Kriegsministerium: der sozialistisch-republikanische Abg. Benazet.

Die Kabinettsbildung kam zustande, nachdem im Laufe des Donnerstags die Schwierigkeiten, die aus der Persönlichkeit Cailaux' entstanden waren, auf Grund neuer Besprechungen zwischen ihm und den verschiedenen Gruppen der Linken von Kammer und Senat überwunden waren. Dadurch war neuerdings der Eintritt Briand, dem Painlevé das Portefeuille des Auswärtigen zugebacht hatte, wieder fraglich geworden. Es gelang jedoch, Briand umzustimmen. Der Senat, von dem die stärksten Widerstände gegen die Persönlichkeit des von der Reaktion wegen seines Eintretens für einen Verständigungsfrieden mit unverschämlichem Haß verfolgten Linkspolitikers Cailaux zu befürchten waren, schenkt sich ungeachtet jener Berruferklärung Poincarés, mit der die Übernahme des Finanzministeriums durch Cailaux abzufinden, einmal, weil dieser tatsächlich als der einzige Politiker gilt, der über die nötige Kapazität zur Lösung der finanziellen Schwierigkeiten verfügt, dann aber nicht zuletzt wegen dessen wiederholt befundener Gegenschäft gegen die von einem Teil der Linken geforderten und von dem Kabinett Herriot geplanten Besteuerung des Kapitals, sei es in der Form einer direkten Vermögensabgabe, oder auf dem milderen Wege einer Zwangsanleihe. Die auswärtige Politik des Ministeriums Painlevé wird sich ganz in der Linie der von Herriot begonnenen Politik internationalen Ausgleichs bewegen. Der Gedanke einer friedlichen Verständigung mit Deutschland hat in Briand und vor allem in Painlevé selbst und erst recht in Cailaux überzeugte Anhänger und Vorläufer. Die eingeleiteten Verhandlungen zur Lösung der Sicherheitsfrage auf der Grundlage des von Deutschland vorgeschlagenen Garantievertrages haben unter dem neuen Ministerium jedenfalls ebenso günstige Aussichten, wie auch Herriot

### Attentat auf Cailaux?

Donnerstag vormittag halb 11 Uhr wurde, wie aus Paris gemeldet wird, am Quai d'Orsay in der Nähe des Kammergebäudes und Ministeriums des Auswärtigen ein Mann verhaftet, der durch auffallendes Benehmen die Aufmerksamkeit der Polizei erregte. Es handelt sich um einen Bankangestellten, der, wie die Untersuchung ergab, im Besitz eines Revolvers war. Wie er erklärte, beabsichtigte er, Cailaux zu töten. Aus dem polizeilichen Verhör ergab sich, daß man es wahrscheinlich mit einem Geisteskranken zu tun hat. Er wurde ins Gefängnislagarett überwiesen.

Die Wiedereinführung von Feiertagen in der Tschechoslowakei. Der verfassungsmäßige Ausschuss des tschechoslowakischen Senats wird einen Antrag einbringen, welcher die Regierung auffordert, folgende Feiertage wieder einzuführen: Ostermontag, Pfingstmontag und den zweiten Weihnachtstag. Bekanntlich haben die beiden Kammern vor kurzem diese Doppelfeierlage durch ein Gesetz abgeschafft.

Der Aufstand in Südwest. Wie „Daily Express“ aus Kapstadt zur Lage in Südwestafrika meldet, stehe das Gebiet von Rehoboth noch unter Kriegsrecht. Von 300 aufständischen Rehobothern seien 200 zu je sieben Pfund Sterling, zahlreiche andere zu Geldstrafen von 30-40 Pfund verurteilt worden, ebl. zu vier Monaten Gefängnis. Das Gefängnis in Windhof könne nicht alle Gefangenen aufnehmen, diese würden daher mit der Ausbesserung der Eisenbahnlinien beschäftigt.

Die Lage an der Mosul-Grenze. Wie die „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel meldet, ist die Lage an der provisorischen Mosulgrenze sehr beunruhigend geworden. Die türkische Regierung lasse durch halbamtliche Blätter erklären, daß unter englischem Druck die nestorianischen Stämme immer noch türkisches Gebiet überfallen und die Bewohner der türkischen Dörfer ermorden. Deshalb habe die türkische Regierung beschlossen, die Armee zu verstärken und die Jahreskassen 1920 und 1921 für Anfang Mai einzuberufen.

Der Bericht Fochs. „Daily Express“ meldet aus Paris, daß der Bericht Fochs, soviel bekannt sei, keinerlei sensationelle Beschuldigungen gegen Deutschland enthalte.

## Politische Neuigkeiten

### Die Untersuchung der Finanzaffären

In der Donnerstagsitzung des Reichstagsuntersuchungsausschusses für die Kreditaffäre Barinat-Kritiker wurden eine Reihe von Zeugen über die Beziehungen Barinats zu deutschen Politikern vernommen.

Der Vorsitzende, Abg. Säger, machte zunächst Mitteilung von einem Schreiben des Abg. Hermann Müller (Soz.), in dem dieser sich scharf gegen die Behauptung der „Deutschen Wochenschriften für die Niederlande“ wendet, er hätte eine unrichtige zeugeneidliche Aussage gemacht. Er stelle fest, daß er weder 1920 noch 1921 in Holland gewesen sei. Der Kaufmann Emil Heinemann aus Elberfeld befundet, daß er im Juni 1919 auf Anordnung der Reichsfeststelle die Butterhandelsgesellschaft veranlaßt habe, 50 Waggons Butter von Barinat abzunehmen. In Amsterdam habe er mit Barinats Prokuristen Vogelgang gesprochen, der allerlei von Barinat und seinen Beziehungen erzählte. So z. B., daß er jederzeit in der Lage sei, telephonische Verbindung mit dem Büro des Reichspräsidenten zu bekommen. Auf weitere Fragen erklärte der Zeuge: hätte sich das Reich gleich an andere Exporteure gewandt, so würde es um 10 Millionen billiger gekauft haben. Der Zeuge übergibt einen Brief des Verbandes der holländischen Molkereien in Amsterdam an ihn, worin die Verwunderung darüber ausgedrückt wird, daß die Butterhandelsgesellschaft mit einer Firma Mexima und Herrn Barinat in Verbindung getreten sei, die über kein Faß Butter verfügten. Zeuge Kimmel, der als deutscher Kaufmann im Haag wohnt, wird darüber vernommen, welchen Ruf die Firma Barinat in Holland genoss. Er befundet, daß Barinat in der holländischen Geschäftswelt einen sehr schlechten Ruf hatte. Anfangs September wurde er von der Vereinigung der größten Butterfabriken hofotiert, so daß er aus erster Hand in Holland überhaupt nicht kaufen konnte. Von Deutschen traf ihn mehrmals bei Barinat den damaligen Unterstaatssekretär Bafé und den Chef der Reichspräsidentenkanzlei Franz Krüger. Von Deutschland und der deutschen Reichsregierung hat Barinat in meiner Anwesenheit eigentlich immer nur per „wir“ gesprochen (Weiterer). Er sagte, ihm ständen in Berlin alle Türen offen. Im April 1920 hatten wir einen wichtigen Zusammenstoß, der das Ende unserer Freundschaft war. Barinat hatte nämlich einen ganz plumpen bewußten Betrugsverfug gemacht. Er hatte mit der Reichsfeststelle einen Milchlieferungsvertrag abgeschlossen, in dem er sich auffallenderweise die Lieferung von Milchdosen mit verschiedenem Inhalt vorbehalten hatte. Er verlangte für Dosen von 16 Unzen Gewicht mit 14 Unzen Nettoinhalt den Preis für 16 Unzen und meinte, er habe ja ausdrücklich 16 Unzen Nettoinhalt vereinbart. Barinat habe im Gegensatz zu den Gepflogenheiten jedes ehrbaren Kaufmanns den Standpunkt vertreten, seine mündlichen Abmachungen mit Kaufleuten an der Börse hätten keine Bedeutung, solange sie nicht schriftlich betätigt seien.

Julius Barinat soll am heutigen Freitag im Woabiter Kriminalgericht vernommen werden.

### Neues Attentat in Bulgarien

Aus Sofia wird ein neuer verdächtiger Anschlag gemeldet: Bei der Leichenfeier für den ermordeten Abgeordneten Kostja Georgiew explodierte Donnerstag nachmittag in der Kathedrale eine Giftenmaske, wodurch zahlreiche Personen getötet und verwundet wurden. Von den bei der Totenfeier anwesenden Mitgliedern der Regierung wurden drei Minister leicht verletzt. Unter den Toten befinden sich außer dem Polizeipräsidenten mehrere höhere Beauftragte und Abgeordnete. Die Regierung hat, wie die „Welt“ Tel. Nr. 124 meldet, Maßnahmen getroffen, um die Ordnung überall aufrechtzuerhalten. Im Lande herrscht Ruhe. Die Oeffentlichkeit ist allgemein empört über das Verbrechen, das in einer Kirche und noch dazu, als diese von einer großen Menschenmenge gefüllt war, unter der sich viele Frauen und Kinder befanden, begangen wurde.

Die weiteren Erhebungen über den Anschlag auf König Boris beweisen, daß er sich in noch viel größerer Gefahr befunden habe, als bisher angenommen wurde. Der König verdanlt sein Leben nur dem Zufall, daß er nicht, wie gewöhnlich, neben dem Chauffeur, sondern im Wageninnern saß. Denn der neben dem Chauffeur sitzende Leibjäger wurde schon durch die erste Salve getötet. Wenn König Boris nicht Bremse und Lenker betätigt hätte, wäre der Wagen in den Abgrund gestürzt. So wurde er gegen eine Telegraphenstange gelenkt und hierbei umgestürzt. Die Angreifer schleuberten darauf drei Bomben gegen das Automobil und zerstörten den Wagen. Der König und sein Adjutant hatten sich hinter dem Wagen zu Boden geworfen und schoben aus dieser Stellung heraus gegen die Angreifer. Als der nachfolgende Autobus herangekommen war, eilten der König und sein Adjutant durch den Kugelhregen zu diesem Wagen. Aus einem agrarischen Blatt, das die Angreifer auf dem Kampfplatz zurückgelassen hatten, will man auf ein politisches Attentat schließen, dessen Zweck die Ermordung des Königs gewesen wäre.

### Kurze Nachrichten

Die Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag vom 15. April berechnete amtliche Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts ist mit 131,4 gegenüber der Vorwoche mit 131,2 nahezu unverändert.

Zum 75. Geburtstag v. Breitenbach hat die Reichsbahn-Gesellschaft, wie aus Berlin gemeldet wird, durch eine Abordnung ihre Glückwünsche aussprechen lassen.

Das Befinden Höfles. Wie eine Berliner Korrespondenz mitteilt, entspricht die Meldung, daß der frühere Reichspostminister Höfle schwer erkrankt und daß ihm am Mittwoch die Sterbefesttage gereicht wurden, nach seiner Richtung den Tatsachen. Höfle sei zwar seit mehreren Jahren herkrank und daher seit langem in ärztlicher Behandlung, doch sei von mehreren Ärzten festgestellt, daß er dennoch heilfähig sei. Wie die gleiche Korrespondenz fernerhin mitteilt, dürfte am heutigen Freitag oder morgen die Entscheidung über die von den Anwälten Höfles eingereichte Postbeschwerde zu erwarten sein.

Ereignis der 2. Internationale. Laut „Vorwärts“ findet die nächste Sitzung der Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale am 9. und 10. Mai in Paris statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage der Sicherungsverträge und der Abrüstung.

Der Zusammenbruch des Kurdenaufstandes. Aus Angora wird gemeldet: Die Regierungstruppen haben die Ortschaft Luenben, den Herz der aufständischen Bewegung, sowie alle im Gebiet der Injurgenen gelegenen Anstöße besetzt. Der Führer der Aufständischen, Said, der sich mit seinen hauptsächlichsten Helfershelfern und einer bedeutenden Bande in Achen anstellt, wurde umzingelt und mit allen seinen Begleitern in dem Augenblick gefangen genommen, wo er die Flucht nach dem Osten antreten wollte.

# Badischer Teil

## Die badisch-französischen Grenzregelungen

Man schreibt uns von unterrichteter Seite: In diesen Tagen sind in Paris die Verhandlungen zwischen einer deutschen und einer französischen Delegation über 2 Grenzverträge, die auch für Baden von Bedeutung sind, zum Abschluss gekommen.

Das erste Abkommen, welches das im Dezember 1919 in Baden-Baden abgeschlossene vorläufige Übereinkommen über die Grenzbahnhöfe ersetzt, ist bestimmt, die Grenzbahnfertigung des zwischenstaatlichen Eisenbahnverkehrs durch gemeinschaftliche Festlegung und zweckentsprechende Einrichtung von Grenzbahnhöfen möglichst zu erleichtern. Es unterscheidet getrennte Grenzbahnhöfe, die sich jeweils auf deutschem und französischem Gebiet gegenüberliegen und sogenannte „gemeinsam benutzte Grenzbahnhöfe“ mit Rücksicht darauf, daß nach Artikel 67 des Versailler Vertrags an der Rheingrenze, also zwischen dem Elsaß und Baden, die Grenzbahnhöfe ausschließlich auf dem rechten Rheinufer liegen. Jedoch ist auch die Möglichkeit einer künftigen Zusammenlegung getrennter Grenzbahnhöfe zu einem gemeinsam zu benutzenden Bahnhof, sei es auf deutschem oder französischem Gebiet, vorgesehen. Deutschland und Frankreich verpflichten sich in dem Vertrag, auf den getrennten Grenzbahnhöfen alle den Bedürfnissen des zwischenstaatlichen Eisenbahnverkehrs entsprechenden Einrichtungen und Anlagen zu schaffen; Erweiterungen und Verbesserungen an den bestehenden Anlagen sollen jederzeit vorgenommen werden, wenn es die Bedürfnisse des Verkehrs erfordern. Besondere Bestimmungen sind für die gemeinsam benutzten Grenzbahnhöfe getroffen, auf denen neben Dienststellen des Gebietsstaates auch gewisse fremde Dienststellen zum Zwecke einer möglichst glatten Abwicklung des Verkehrs zu arbeiten berufen sind. So werden auf den Grenzbahnhöfen des rechten Rheinufer französische Eisenbahn- und Zollbeamte tätig sein, und es werden französische Beamte die Kontrolle der Pässe der Reisenden und im gewissen Umfang veterinärpolizeiliche Maßnahmen vorzunehmen werden können. Die Befugnisse der fremden Dienststellen sind im einzelnen genau abgegrenzt, wobei dem Hoheitsrecht des Gebietsstaates in gebührender Weise Rechnung getragen ist. Die Beamten der fremden Dienststellen unterstehen den Strafgesetzen und Polizeivorschriften des Gebietsstaates und sind seiner Gerichtsbarkeit unterworfen. Die gemeinsam benutzten Grenzbahnhöfe bleiben im Eigentum des Landes, auf dessen Gebiet sie liegen, und werden von der Eisenbahnverwaltung dieses Landes betrieben, während der andere Staat für die von seinen Dienststellen benutzten oder mitbenutzten Anlagen eine Miete zu zahlen hat. Die deutschen und die französischen Spediture, welche an einem Ort, wo sich ein Grenzbahnhof befindet, SOLLAGERTUREN, Lagerhäuser oder Speditionslager unterhalten, genießen gewisse Erleichterungen für den Verkehr auf den Grenzbahnhöfen; sie sind bei Ausübung ihres Gewerbebetriebes von den Zollbehörden der beiden Staaten auf dem Fuß voller Gleichberechtigung zu behandeln. Für die Erledigung von Streitfragen bei Auslegung oder Anwendung des Abkommens ist ein Schiedsgericht vorgesehen. Das Grenzbahnabkommen wurde am 13. ds. Mts. in Paris unterzeichnet, bedarf aber zu seiner Wirksamkeit noch der Ratifizierung.

Das zweite Abkommen, das am 13. ds. Mts. lediglich paragrafisiert wurde und nach Fertigstellung des umfangreichen Karten- und Anlage-Materials in längstens 3 Monaten unterzeichnet werden soll, enthält nähere Bestimmungen über die Festsetzung der deutsch-französischen Grenze auf Grund des Versailler Vertrags. Es gibt eine Reihe technischer Einzelheiten über die zur Bestimmung des Grenzverlaufs dienenden Urkunden, die Beschaffenheit und Aufstellung der Grenzzeichen und über den Verlauf der Grenze im Rhein. Auf den Rheinbrücken geht die Hoheitsgrenze durch die Mitte der Brücken; die Brücken selbst sind nach Artikel 66 des Versailler Vertrags in das Eigentum des französischen Staates übergegangen, der sie zu unterhalten hat. Die Errichtung neuer Brücken und die Auflassung oder wesentliche Veränderung bestehender Brücken erfolgt jeweils auf Grund vorheriger Vereinbarung zwischen der deutschen und französischen Regierung. Eine Reihe von Bestimmungen betrifft die Vereinigung gewisser aus früheren Zeiten herrührender Gemeindebegrenzungen, die über die Hoheitsgrenze hinweggriffen. So bestanden bisher derartige, die Hoheitsgrenze überspringende Banngebiete elsässischer Gemeinden auf dem rechten Rheinufer und badischer Gemeinden auf dem linken Rheinufer. Französische Gemeinden wird der Standpunkt vertreten, die linksrheinischen Banngebiete badischer Gemeinden seien auf Grund des Artikels 56 des Versailler Vertrags in das Eigentum des französischen Staates übergegangen. Deutsche wird im Hinblick auf den durch Artikel 51 Absatz 2 des Versailler Vertrags wieder in Kraft gesetzten badisch-französischen Grenzvertrag vom Jahre 1840 die Anwendbarkeit des Artikels 56 im vorliegenden Falle nicht anerkennen. Eine Einigung über diese Frage ist nicht erzielt worden, so daß mit einer Rückgabe des linksrheinischen Grundbesitzes badischer Gemeinden nicht gerechnet werden kann. Von den fünf elsässischen Gemeinden, die nach Gebiete auf dem rechten Rheinufer besitzen, haben sich zwei bereit erklärt, diesen Grundbesitz an den badischen Staat zu verkaufen. Sonach bleibt der rechtsrheinische Grundbesitz dreier elsässischer Gemeinden übrig, für dessen Bewirtschaftung das Grenzabkommen gewisse Verkehrserschwerungen vorsieht. Die

jer Grundbesitz hat nur noch privatrechtlichen Charakter, da nach dem Grenzabkommen beide Regierungen anerkennen, daß auf beiden Seiten des Rheins die Banngebiete als Gemarkungsteile erlöschen und damit alle Rechte öffentlich-rechtlicher Art, die ehemals mit diesen Banngebieten verbunden waren, beseitigt werden. Auch verziehten beide Regierungen auf alle staatlichen Jagd- u. Fischereirechte, die sie etwa auf Grund der früheren Bannregeln auf dem anderen Hoheitsgebiet in Anspruch nehmen könnten. Die Schlußbestimmungen sehen zugunsten der längs der Grenze in einer Zone von 5 Kilometer wohnhaften Personen, die am 11. November 1918 auf der anderen Seite der Grenze innerhalb einer Zone von gleicher Breite land- oder forstwirtschaftliche Grundstücke besaßen, gewisse Verkehrs- und Zollerleichterungen für die Bewirtschaftung dieses Grundbesitzes vor. In Verbindung damit hat sich die französische Regierung bereit erklärt, die in einer Zone von 5 Kilometer längs der Grenze auf französischem Gebiet liegenden land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke deutscher Privateigentümer, welche an einem näher bezeichneten Stichtag noch nicht vom französischen Staat liquidiert worden war, aus der auf Grund des Artikels 74 des Versailler Vertrags etwa erfolgten Sequestration freizugeben.

Im übrigen ist die Einrichtung eines sogenannten Kleinen Grenzverkehrs einem späteren Abkommen vorbehalten. Die in früheren Zeiten zwischen deutschen Staaten und Frankreich abgeschlossenen Übereinkommen über die Grenzfestsetzung werden, ebenso wie das im Jahre 1920 in Baden-Baden abgeschlossene vorläufige Rheinbrückenabkommen, aufgehoben und durch das neue Abkommen ersetzt.

## Rheinkanalisation oder Seitkanal

W.D. Straßburg, 16. April. Die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt ist gestern hier zu einer Plenartagung zusammengetreten. Hauptgegenstand der Beratung ist die Frage der Verbesserung der Schiffbarkeit des Rheines von Klein-Rheims unterhalb Basel bis Straßburg. Dem französischen Projekt eines Rheinschiffkanals steht der schweizerische Regulatorplan gegenüber. Das Deutsche Reich ist durch den Gesandten Seeliger vom Auswärtigen Amt, Staatssekretär a. D. Wierl. Geh. Rat Peters für Preußen, den bayerischen Ministerialrat Grafen, den badischen Ministerialdirektor Buchs, den hessischen Ministerialrat Kranzbühler, sowie durch den Abteilungsleiter des Reichs und Ministerialrat Hübel vom Reichsverkehrsministerium vertreten.

## Zum 50. Geburtstag des Reichstagsabg. Haas

Der Reichskanzler Luther sprach, wie aus Berlin gemeldet wird, dem Reichstagsabgeordneten Haas zur Vollendung seines 50. Lebensjahres die aufrichtigsten Glückwünsche aus.

## Internationale polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe 1925

Auf mehrfachen Ersuchen, besonders aus Kreisen der ausländischen Industrie hin, ist der Anmeldetermin für die Internationale polizeitechnische Ausstellung Karlsruhe bis zum 2. Mai verlängert worden. Diese Verlängerung gilt nicht nur für die ausländische, sondern auch für die deutsche Industrie. Wegen weitgehender Beteiligung ausländischer Behörden und Industrien an der Ausstellung sind auch vom Auswärtigen Amt in Berlin schon vor einiger Zeit durch die deutschen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Auslande die notwendigen Schritte eingeleitet worden.

## Aus der Erzdiözese

Der Erzbischof von Freiburg hat am Ostermontag ein Hirten Schreiben erlassen, in dem die Mitglieder der Diözese zur tätigen Mitwirkung und Unterstützung der Fürsorgevereine der Erzdiözese, die sich die Fürsorge für die gefährdeten und gefallenen Mädchen und Frauen, und auch für die gefährdete männliche Jugend zur Aufgabe gemacht haben, aufgefordert werden.

## Aus der evang. Landeskirche

Am Mittwoch fand im Ev. Vereinshaus zu Karlsruhe die Landesversammlung der kirchlich-positiven Vereinigung statt. Der Vorsitzende, Pfarrer Hermann-Karlsruhe, schilderte die gegenwärtige kirchliche Lage und die sich daraus ergebenden Aufgaben, woran sich eine eingehende Aussprache schloß. Dekan Jenner-Heidelberg erstattete den Rechenschaftsbericht. In einer öffentlichen Versammlung am Nachmittag sprach Prof. Lic. Eichrodt-Basel über das Thema: „Ist die israelitische Rationalreligion Offenbarungsreligion?“

## Gemeinde-Rundschau

Aus der Kreisratsitzung Offenburg. Die Nebenbahn Orschweier-Ettenheim-Münster soll nunmehr zwischen Münchweier und Ettenheim-Münster durchgeführt werden. Die Eisenbahngesellschaft hat hierzu Schienen und Schwellen gestellt, während die übrigen Kosten, die auf 50 000 M. veranschlagt sind, von den Gemeinden Ettenheim-Münster und Münchweier getragen werden. Der Kreis gibt dazu einen Zuschuß von 10 000 M. — Die Voranschläge der Wasser- und Straßenbauämter Offenburg, Achern und Emmendingen werden für die laufende Unterhaltung der Kreisstraße insgesamt 247 910 M. und für die Kreiswege 12 024 M. erfordern. Der Voranschlag des Kreises weist Einnahmen in Höhe von 424 892 M. und Ausgaben in Höhe von 665 195 M. auf. Der ungedeckte Aufwand von 240 303 M. wird durch Einlagen aufgebracht. Das erfordert einen Umlagefuß von 2,8 Pf. für 100 M.

Der Bürgerausschuß Redardach lehnte einstimmig die Abtretung von Gelände an die Gemeinde Diedesheim für Zwecke des gemeinsamen Wasserleitungsbaues ab und beschloß den Bau einer Wasserleitung auf eigene Kosten. Diese belaufen sich auf 93 000 Mark. Die Kaufsumme wird durch einen außerordentlichen Holzschlag aufgebracht.

Neues Rathaus in Redardach. In der letzten Sitzung beschloß der Bürgerausschuß zu Redardach, das alte Rathaus durch ein neues zu ersetzen. Somit verschwindet eines der ältesten Häuser der Gemeinde, das eigentliche Baujahr ist nicht bekannt, jedoch hofft man, beim Abruch einige An-

haltspunkte in dieser Hinsicht zu finden. Man geht aber in der Vermutung nicht fehl, daß das Haus im 16. Jahrhundert erbaut wurde; die Rathausuhr trägt die Jahreszahl 1513.

Freiburg Aneipp-Kurort? Wie die „Freiburger Zeitung“ erfährt, wird in Freiburg unter einflussreichen Persönlichkeiten der Gedanke erwogen, bezw. unterstützt, Freiburg zum Aneipp-Kurort zu machen. Zurzeit werden mit dem Verkehrsverein Verhandlungen gepflogen, die bereits so weit fortgeschritten sein sollen, daß mit der alsbaldigen Gründung einer Gesellschaft gerechnet werden dürfte.

Rom badischen Gemeindebeamtenheim. Es darf nunmehr, wie aus Überlingen gemeldet wird, als bestimmte Tatsache angenommen werden, daß die seit längerer Zeit in der Schwäbe gelesene Frage auf Schaffung eines badischen Gemeindebeamtenheims am Bodensee gelöst und dessen Erbanung für die Stadt Überlingen gesichert ist. Es soll mit einem Kostenaufwand von etwa 700 000 M. in der Seestraße, mit herrlichem Blick auf den Überlinger See und Alpenküste errichtet werden und achtzig Zimmer mit Hotelbetrieb enthalten. Von einer Reihe von Städten sind bereits namhafte Zuschüsse hierzu in Aussicht gestellt worden.

## Aus der Landeshauptstadt

65. Geburtstag. Der Oberkommandant der hiesigen Freiregierung, Mechanikermeister Heuser, vollendete gestern sein 65. Lebensjahr und konnte damit zugleich sein 40 jähriges Geschäftsjubiläum, wie auch jenes der 40 jährigen Zugehörigkeit zur Freiregierung verbinden. Der verdiente Bürger war Gegenstand mannigfacher Ehrungen.

„Der April tut, was er will.“ — Er ist ein launischer Geselle, Winter und Frühling streiten sich in ihm um die Herrschaft. Der eine kommt mit verzögerter Kraft, der andere will nicht weichen und läßt in seinen Todeszudungen bisweilen noch erkennen, daß er nur ungern das Feld räumt. Darum sagt die alte Bauernregel: Ist der April auch noch so gut, er schneit dem Bauer auf den Hut.“ Gestern gab es vormittags nach einer regenreichen Nacht Sonnenschein, dann ging ein Sturmwind los, der im benachbarten Württemberg Schnee brachte. Heute ist eine merkwürdige Abkühlung eingetreten. Aber nicht lange dann spiegelt sich wieder der Sonne Glanz in dem frischen Grün der sprossenden Natur. Nichtiges Wachsener. „Ist der April kalt und naß, dann wächst das Gras.“

Warnung. In letzter Zeit wurde verschiedentlich in der Tagespresse für ein „Mittel zur Bekämpfung und Verhinderung der Korpulenz“, das unter der Bezeichnung „Tobulakette“ in den Handel gebracht wird, Klage gemacht. Die Apothekerzeitung Nr. 17 enthält einen Bericht über eine Untersuchung des Präparates, die zu folgendem Schluß kam: Die Tobulakette, die nach der bombastischen, aufdringlichen Ankündigung in der Hauptsache gereinigte Vegetabilien von gehobener, anfangs verhindernder Wirkung darstellen sollen, bestehen in der Hauptsache aus etwa 20–25 Prozent Aloe und mindestens 8 Prozent Phenolphthalein neben Stärke, Zucker, Talcum oder Bolus und indifferenten Pflanzenstoffen. Die Dosierung und die Mischung der Inhaltsstoffe sind außerordentlich mangelhaft, die Angaben des Fabrikanten decken sich nicht mit den Tatsachen. Es handelt sich um nichts anderes, als um ein Abführmittel, das in genauerer Dosierung und zu weit billigerem Preise in jeder Apotheke angefertigt werden kann. Nach dem Ergebnis dieser von berufener Seite angefertigten Untersuchung muß vor dem Präparat nachdrücklich gewarnt werden.

Bad. Landestheater. Im Spielplan der Oper befinden sich zurzeit folgende Werke in Vorbereitung: „Die Magd als Herrin“ von Pergolesi und „Sommers Gekümmnis“ von Hermann Wolf-Ferrari, welche beide an einem Abend, am Samstag, den 25. ds. Mts. neu einstudiert und neuinszeniert zur Aufführung gelangen. Am darauffolgenden Tage, Sonntag, den 26., findet die Uraufführung von Regniers zweifelhafte Oper „Holofernes“ statt. — Zur Uraufführung für die nächste Spielzeit wurde die dreitägige romantische Oper Der Jungbrunnen von Bernhard Schuster erworben.

Sommeropere im Konzerthaus. Die Aufführungen von Operetten im Konzerthaus im Juli und August d. J. wurden den Direktoren des Regensburger Stadttheaters, Herren Dr. Rauffe und Prantner für ihr Wiener Operettenensemble übertragen.

Vorausichtige Bitterung für Samstag: Aufseiterung, trocken, langsame Erwärmung, schwache westliche Winde.

## Kurze Nachrichten aus Baden

Von der Universität Heidelberg. Professor Dr. Eugen Täubler in Zürich hat einen Ruf an die Universität Heidelberg als ordentlicher Professor für alle Geschichte erhalten und angenommen.

W.D. Freiburg, 17. April. Heute in den frühen Morgenstunden kurz nach 4 Uhr brach in dem ehemaligen Stallungen- und Scheunenbau der Infanterie- und Jägerkaserne (Nordkaserne), einem langgestreckten, zweistöckigen Hallenbau, in dem sich die Vorrätlager verschiedener hiesiger Firmen befinden, Großfeuer aus. Bei der riesigen Schmelzhitze, mit der die reichlich Nahrung findenden Flammen um sich griffen, konnte nur wenig gerettet werden. Bis zum Eintreffen der Feuerwehr hatte die Feuersbrunst gewaltige Dimensionen erreicht. Ueber handhoch schlugen die Rindendünkel und Flammengarden empor und bedrohten, vom scharfen Südwestwind begünstigt, vor allem den mit neuen Häusern bebauten Rennweg. Bis zur Stunde war die Freiburger Feuerwehr energisch bemüht, von allen Seiten dem Feuer zu Leibe zu rücken. Doch besteht bei der Intensität, mit der die Flammen nach Fortlösung des Dachstuhles und der Außenwände am inneren Balkenwerk und den Deckenstapeln und den aufgeschichteten Lebensmitteln, Kisten und Säcken weiterfröhen, wenig Aussicht, von dem großen Gebäude selbst etwas zu retten.

DJ. Ludwigshafen a. Rh., 16. April. Heute mittag gegen halb 12 Uhr wurde durch einen Wirbelsturm das im wesentlichen bereits fertiggestellte Gerüst der großen Ausstellungshalle auf dem hiesigen Kiesbaugelände umgerissen. Da die zurzeit an der Montage beschäftigten Arbeiter sich durch Herauspringen noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, kamen Personen dabei nicht zu Schaden.

W.D. Basel, 16. April. Hier starb im Alter von beinahe 70 Jahren Professor Dr. Wadernagel, ein Sohn des bekannten Germanisten Wadernagel. Er bekleidete lange Jahre hindurch das Amt eines Stadtdirektors des Kantons Basel-Stadt und gab ein großangelegtes Werk über die Geschichte der Stadt Basel heraus. Außerdem ist Wadernagel der Verfasser einer der besten Stadtmonographien, von der leider erst drei Bände erschienen sind, sowie zahlreicher historischer Publikationen.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	17. April		18. April	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	167.54	167.96	167.59	168.61
Kopenhagen 100 Kr.	77.67	77.85	77.55	77.73
Napoli . . . 100 L.	17.28	17.32	17.24	17.28
London . . . 1 Pf.	20.075	20.125	20.07	20.126
Kewborn . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.05	22.11	21.76	21.82
Schweden . . . 100 Kr.	81.06	81.26	81.04	81.24
Wien 100 Schilling	59.085	59.105	59.10	59.12
Wag . . . 100 Kr.	12.43	12.47	12.44	12.48

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbesetzungsstelle vom 14. April d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 86 sh 5 d, bezw. für ein Gramm Feingold 33,3403 Pence.

### Verschiedenes

Das Untersuchungsergebnis des Grubenunglücks auf der Zeche Minister Stein  
 Zu der von einzelnen Berliner Blättern gebrachten Meldung über das endgültige Untersuchungsergebnis des Grubenunglücks auf der Zeche Minister Stein, in der es heißt, es könne der Bergverwaltung keineswegs der Vorwurf erspart bleiben, nicht alles getan zu haben, was zur wirksamen Bekämpfung der Unfallgefahr hätte geschehen müssen, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß diese Meldung nicht zutrifft. Das amtliche Untersuchungsergebnis dürfte erst in einigen Tagen zu erwarten sein.

### Gedener in Mailand

W. Mailand, 17. April. Im Rahmen des Deutschen Tages der Mailänder Messe fand gestern abend ein Vortrag des Führers des „M. 8“, Dr. Gedener, über Fernflugzeuge statt. Die Veranstaltung, an der außer dem deutschen Botschaftler Herr v. Neurath und den zum Besuch der Messe anwesenden deutschen Journalisten, die Spitzen der italienischen Behörden sowie zahlreiche hervorragende Politiker und Militärs teilnahmen, gestaltete sich zu einem großen Erfolg. Der Saal war überfüllt, obgleich mehr als 7000 Anträge auf Zuteilung von Karten abgewiesen worden waren. Dr. Gedener schilderte die Fahrt des „M. 8“ nach Amerika und verbreitete sich dann über die Möglichkeiten für die Entwicklung der Fernluftschiffahrt in Italien. Zum Schluß betonte der Redner die wackeren Verbindungen Aufgaben und Ziele der Luftschiffahrt. Der Vortragende wurde häufig durch spontane Beifallsäußerungen unterbrochen und erzielte zum Schluß den besten Beifall. Im Anschluß an seinen Vortrag führte Reichskommissar Dr. Schwarz deutsche Industriefilme vor, die allgemeines Interesse erweckten.

### Der Prozeß Angerstein

W. Limburg, 17. April. Der Prozeß Angerstein wird während der Schwurgerichtstagung im Juni verhandelt werden. Angerstein zeigt sich verstockt wie bisher.

### Ein englisches Luftschiff vom Sturm losgerissen

Das englische lenkbare Luftschiff „A. 33“ hat sich Donnerstags morgen während eines Sturmes von seinem Anker in Fulham bei Norwich (England) losgerissen. An Bord befanden sich 20 Mann. Das Luftschiff nahm zuerst die Richtung auf London, dann trieb es im Sturm in süd-südöstlicher Richtung mit beschädigter Spitze über die Nordsee nach Ostland zu und wurde Donnerstag abend bei der Festung Humiden erblüht. Später schien es seine Manövrierfähigkeit wieder gewonnen zu haben, wodurch es gelang, nach England zurückzufahren. Weitere Meldungen besagen:

W. London, 17. Apr. Das brit. Luftfahrtministerium teilt mit, daß sich das Luftschiff „A. 33“ auf dem Fluge nach dem Flugplatz Fulham befindet.

W. London, 17. April. Um 1.30 Uhr nachts hat das abgetriebene Luftschiff „A. 33“ das Schiff „Gobetia“ um seine Begleitung. Um halb 4 Uhr kam die Nachricht in Fulham an, daß das Luftschiff mit 15 Knoten Geschwindigkeit in Richtung auf Lowestoft fliege und von Zerstörern begleitet werde. Um 4.30 Uhr ersuchte das Luftschiff die „Gobetia“, sich ihm zu nähern.

Die Duplizität der Ereignisse wird durch folgende Meldung aus Belleville (Illinois) illustriert: Ein amerikanisches Luftschiff vom Bisgotttyp, das sich am Nachmittage des 16. April von seinem Anker losgerissen hatte, und mit sieben Mann Besatzung davongetrieben war, landete ohne Unfall in Wald-Balmut.

### Staatsanzeiger

#### Steuerverteilungsgesetz.

An die Gemeinden und Kreise und ihre Aufsichtsbehörden:

Zugleich mit dem Finanzausgleichsgesetz ist auch das badische Steuerverteilungsgesetz vom 4. August 1921 in der Fassung des Rotgesetzes vom 8. März 1924/31. Oktober 1924 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 89 und 273) mit Ablauf des 31. März 1925 insoweit außer Kraft getreten, als es sich um die Vorschriften über die Beteiligung des Landes, der Gemeinden und der Kreise am Ertrag von Reichsteuern und die Lastenverteilung handelt. Eine rechtzeitige gesetzliche Neuregelung war nicht möglich, da der Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern noch nicht gelöst ist. Das Staatsministerium hat nun mit Entschiedenheit vom 20. März 1925 Nr. 2689 den Finanzminister und den Minister des Innern ermächtigt, zunächst für die Monate April und Mai 1925 aus eingehenden Ueberweisungssteuern den Gemeinden und Kreisen unverzinsliche Zuschüsse mit dem Vorbehalt endgültiger Verrechnung auf die später gesetzlich neu festgelegten

Anteile in der Weise auszugahlen, wie wenn das bestehende Steuerverteilungsgesetz weiter in Geltung geblieben wäre, und weiter bestimmt, daß entsprechend für die Monate April und Mai 1925 auch bei der Behandlung der Schulden zu verfahren ist.

Karlsruhe, den 14. April 1925.  
 Der Minister des Innern  
 Kemmle

#### Bekanntmachung Errichtung einer neuen Apotheke in Baden-Baden.

Die Berechtigung zum Betriebe einer in Baden-Baden neu zu errichtenden Apotheke wird hiermit ausgeschrieben. Als Gebiet für die Neuerrichtung kommt in Frage: Sofientstraße zwischen Leopoldplatz und Leopoldbrücke, Kreuzstraße, Augustplatz, Richtentalerstraße zwischen Merkurstraße und Leopoldplatz. Bewerbergesuche sind binnen vier Wochen schriftlich hierher einzureichen.

- Dem Gesuche sind beizufügen:
1. Lebenslauf mit Angabe der Familienverhältnisse,
  2. Geburtszeugnis,
  3. Staatsangehörigkeitsausweis,
  4. Approbationsurkunde,
  5. Zeugnis über den etwa geleisteten Militärdienst,
  6. amtlich bestätigte Zeugnisse über die bisherige Beschäftigung seit Ablegung der Staatsprüfung in Urschrift oder amtlich beglaubigter Abschrift,
  7. polizeiliche Führungszeugnisse aus sämtlichen Orten, an welchen der Bewerber nach erlangter Approbation als Apotheker wohnhaft war,
  8. Zeugnisse über etwaige besondere Leistungen oder über wissenschaftliche Fortbildung,
  9. Nachweis über den Besitz der voraussichtlich erforderlichen Geldmittel.

Karlsruhe, den 14. April 1925.  
 Der Minister des Innern  
 Kemmle

Dem Albrecht Düver-Verein in Nürnberg wurde die Erlaubnis zum Losbetriebe in Baden erteilt.  
 Karlsruhe, den 8. April 1925.  
 Der Minister des Innern  
 J. B. Leers.

#### Geschäftliches

Das Haarwuchsproblem endlich gelöst. Haarausfall und Haarschwund können zuverlässig durch Silbikin-Haarkuren behoben und bereits erhaltene Stellen (Glatzen) wieder mit Haarwuchs bedeckt werden. (Dr. med. Maier-Weil u. v. a.) Informieren Sie sich bitte durch die kostenlose Zusendung einer Gratisprobe des schuppenbeseitigenden Silbikin-Shampoos nebst wissenschaftlichen Abhandlungen über Erneuerung, Erhaltung und Pflege der Haare. Schreiben Sie noch heute eine Postkarte an Silbikin-Betrieb G. m. b. H., Berlin SW. 189/a, Alexandrinenstr. 26, worauf Sie alles kostenlos erhalten.

**Badische Lichtspiele**  
 für Schule und Volksbildung  
**Konzerthaus** € 280

**L A V A**

Eine Tragödie der Natur  
 Ein Großfilm von Lust und Leid auf heißer Erde

**Heute Freitag keine Vorführung**  
 dafür Spielzeit verlängert bis  
**Donnerstag, den 23. April**

Samstag, 18., Montag, 20., Dienstag, 21. April  
 Donnerstag, 23. April, jeweils abends 8 Uhr  
 Samstag, 18. auch 4 Uhr nachmittags, **Sonntag,**  
 19. und Mittwoch, 22. April nur 4 Uhr  
 nachmittags

Vorverkauf: **Musikhaus Müller, Kaiserstraße**  
 Preise: M. 1.70, 1.50, 1.—, 0.60

Braves fleißiges  
**Mädchen**  
 zur Mithilfe im Haushalt  
**sofort gesucht.** € 281  
**Frau Dr. Birnmeier**  
 Durlach, Gröningerstr. 3a.

A. 428. Offenburg. Über die Firma Heinrich Schindler G. m. b. H. in Durlach wird auf Antrag des Geschäftsführers heute die Geschäftsaufsicht angeordnet. Als Aufsichtsperson wird der Kaufmann Gustav Adolf Martin in Offenburg bestellt.  
 Offenburg, 15. April 1925.  
 Der Gerichtsschreiber  
 des Amtsgerichts I.

A. 437. Philippsburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Edward Rothenberger** in Rheinsheim, Inhaber Paul Eister, Ziegeleibesitzer in Rheinsheim, wird aufgehoben, da der am 30. März ds. J. vor dem Amtsgericht Philippsburg abgeschlossene und am selben Tage bestätigte Zwangsvergleich inzwischen rechtskräftig geworden ist. (§ 190 R.O.)  
 Philippsburg, 16. April 25.  
 Amtsgericht.

**Badisches Landestheater**  
 Samstag, den 18. April 1925  
 A. 21. Th.-Gem. 2101—2700  
**Peer Gynt**  
 Ein dramatisches Gedicht in 5 Akten (16 Bildern) von Henrik Ibsen  
 Musik von Edward Grieg  
 In Szene gef. v. F. Baumbach  
 Musikal. Leitung: W. Schwegge  
 Personen:  
 Aase Noorman  
 Peer Gynt Wärtner  
 Solveig Murbammer  
 Der Hagestabbauer Kienboef  
 Ingrid Scheinplung  
 Der Bräutigam Müller  
 Alslac Beng  
 Drei Gaetertinnen {  
 Clement  
 Bauer  
 Solkner  
 Der Dobre-Alle {  
 Hetz  
 Ein grüngel. Weib Kump  
 Der älteste Doftroll Gemmede  
 Anitra Clement  
 Beqrissenfeldt Häder  
 Husein Müller  
 Ein fremder Passagier Dahlen  
 Der Amtmann Kienboef  
 Ein Knopfleher Trend  
 Eine magere Person Gemmede  
 Anhang 6 1/2 Ende gegen 11  
 Preise: Sperrpl. I. Abt. 4.80

**Heimat und Handwerk**

Herausgegeben vom Badischen Landesgewerbeamt, Karlsruhe i. B.  
 Erscheint jährlich 6 mal. Bezugspreis 2,50 M. halbjährlich, 5,00 M. jährlich

Die Zeitschrift ist dem badischen Kunsthandwerker gewidmet. Sie soll den praktischen wie ideellen Interessen aller derjenigen Kräfte dienen, die eine Handwerkskunst als Handwerker und Kunstgewerber ausüben. Es werden eingehendere Aufsätze über ältere und neuere Handwerksarten, ihre Geschichte und ihre Entwicklung geboten, es soll über Ergebnisse anregender und auch über den Fundort hinaus interessierender, kunsthandwerklicher Forschungen berichtet und in beiden Fällen etwaige Nutzenanwendungsmöglichkeiten erwogen werden. Zur Förderung und Erweiterung der Kenntnisse von fachlicher Technik und Stil wird ferner eine systematische Auswertung des Bad. Landesmuseums stattfinden durch Behandlung von Einzelstücken oder einer Reihenfolge von Erzeugnissen früherer Handfertigkeiten. Der Kunsthandwerker soll sich ferner durch rechtzeitige Veröffentlichung von einschlägigen Wettbewerben, Ausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen über seine etwaige Beteiligung unterrichten können und auch über Vorgänge Bescheid erhalten, die von allgemeinerem Interesse für das Kunstgewerbe sind.

Die Zeitschrift will vor allem auch Gelegenheit geben, daß neuere Leistungen badischer Betriebe des Groß- und Kleingewerbes auf dem Gebiete der Handwerkskunst durch Wiedergabe von Zeichnungen oder Photographien nebst begleitender allgemeiner bekannt werden und den jeweiligen Fachleuten Anregungen bringen.

**Verlag G. Braun, G. m. b. H., Karlsruhe i. B.**